

Bezugspreis: Vierteljährlich 4.50 - halbjährlich 8.50 - jährlich 15.50...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 2. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Wiener Hungerdemonstration.

Es wird keinen Arbeiter in Deutschland geben, der die Demonstration der Wiener Arbeiterschaft nicht verstände...

Mit Demonstrationen allein behebt man allerdings keine Wirtschaftskrise und Ausschreitungen vollends beschleunigen...

„Ein Tag der Warnung“ überschreibt die Wiener „Arbeiterzeitung“ ihre Betrachtung über den 1. Dezember in Wien...

400 Demonstranten verhaftet.

Wien, 2. Dezember. (WTB.) Wie eine Korrespondenz zu den gestrigen Vorfällen meldet, waren die vom Parlament abgehenden Demonstranten auf etwa 30 000 Personen angewachsen...

Um zu verhindern, daß verantwortungslose Elemente, die auch bei den gestrigen Demonstrationen die Hauptrolle spielten, dieses Treiben neuerlich versuchen, wurden alle behördlichen Sicherheitsvorkehrungen getroffen...

Ausschreitungen.

Wien, 1. Dezember. (WTB.) Das „8-Uhr-Blatt“ berichtet, daß bei der Börse Wagen der Straßenbahn, die den Verkehr nicht eingestellt hatten, angehalten und die Fahrgäste herausgeholt und verprügelt wurden...

Vertrauensmännerkonferenz und Regierungshilfe.

Wien, 1. Dezember. (WTB.) Im Klublokal der Sozialdemokratischen Partei verammelten sich heute Abend unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Bauer die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft...

In der Debatte ergriff Bundeskanzler Schöber das Wort und erklärte, daß die Regierung mit allem Ernste den sozialdemokratischen Finanzplan ermögen habe, und kündigte u. a. an, daß gegenüber den Preistreibern und dem Bauer radikale Abhilfe geschaffen werden würde.

Bundesminister Gierler wies auf eine Reihe von ihm getroffener Maßnahmen hin, die sich zum Teil mit den im sozialdemokratischen Finanzplan aufgestellten Forderungen decken.

und erklärte, er werde für eine strenge staatliche Kontrolle des Devisen- und Valutenverkehrs sorgen und alles tun, was geeignet sei, den Ausschreitungen der Spekulation entgegenzutreten...

Der Vorsitzende Dr. Bauer nahm die vom Finanzminister gemachten bestimmten Zusagen zur Kenntnis. Er richtete an die Regierung das dringende Ersuchen, die notwendigen Befehle mit der gebotenen Raschheit dem Nationalrat vorzulegen...

Gemeinsame Arbeit am Wiederaufbau. Vereinbarung der Gewerkschaften.

Im Anschluß an die ersten Verhandlungen, die in der Zeit vom 29. Oktober bis 2. November in Paris und in Amiens geführt wurden, fanden in den letzten Tagen in Berlin weitere Besprechungen statt, zu denen von französischer Seite die Sekretäre der Gewerkschaftszentrale Léon Jouhaux und Marcel Payrent erschienen waren...

Revision der Reparationspolitik?

London, 1. Dezember. (WTB.) Die Abendpresse beschäftigt sich eingehend mit den Aussichten einer Neuregelung der Reparationsfrage. Das plötzliche Steigen der Mark erregt großes Aufsehen. „Evening Standard“ erblickt darin ein Zeichen für das Vertrauen in eine günstige Entwicklung der zwischen der britischen Regierung und Rathenau geführten Besprechungen...

Paris, 1. Dezember. (WTB.) Havas meldet aus Washington, amtlich werde mitgeteilt, daß Amerika einen offiziellen Vertreter auf die internationale Bankierskonferenz schicken werde, die, wie versichert wird, von der Reparationskommission einberufen werden soll, um die Frage der Stabilisierung des Wechselkurses zu erörtern.

London, 2. Dezember. (Reuter.) Um 4.30 Uhr nachmittags trat in Downing Street eine Ministerkonferenz zusammen, auf der, wie verlautet, die Frage der deutschen Reparationen besprochen wurde.

Starke Schwankungen am Devisenmarkte.

Heute fand in Berlin keine Börsenbörse, sondern nur ein offizieller Verkehr in Devisen und Noten statt. Der Devisenmarkt zeigt noch immer eine sehr unklare Verfassung. Immerhin macht sich eine gewisse Beruhigung der hiesigen Spekulation bemerkbar. Während am Vormittag Dollarnoten im Verkehr zwischen den Banken zwischen 180 und 190 lagen, erreichte an der Börse der Kurs eine Höhe von 205.

Deutschlands Schlenkerkonkurrenz.

Rom, 2. Dezember. (Stefani.) Im Senat antwortete der Minister für Handel und Industrie auf eine Anfrage Orlando, was die Regierung zu tun gedente, um der Ueberflutung durch deutsche Waren entgegenzutreten: Deutsche Erzeugnisse strömen zwar in ungehörter Menge aus dem italienischen Markt zusammen, aber das geschieht auf allen Märkten der Welt, vor allem in den Ländern mit höherem Wechselkurs, weil die Entwertung der Markteinkäufe in Deutschland begünstigt.

Klassenkampf und Gewalt.

Von Friedrich Stampfer.

Der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Artur Crispian, hat gestern in der „Freiheit“ einen Artikel veröffentlicht, der unerfreulich ist, weil er mit leidenschaftlichem Eifer den Streit zwischen SPD. und USP. zu erneuern sucht, aber auch wieder erfreulich, weil er mit großer Klarheit die Meinungsverschiedenheiten erkennen läßt...

Crispian wendet sich in diesem Artikel noch einmal gegen den Reichsjustizminister Gen. Dr. Radbruch, weil er in seiner Reichstagsrede vom 19. November gesagt hatte, die Regierung könne nicht darauf verzichten, gegen Gewalt wieder Gewalt zu setzen. Dagegen führt Crispian aus:

Dr. Radbruch verlangte also vom Proletariat die Abschwörung des Klassenkampfes zur Eroberung der politischen Macht. Er hat kein Verständnis dafür, daß die Gewalt nach stets und in allen Revolutionen die Geburtshelferin einer neuen Gesellschaft gewesen ist. Nicht jene sinnlose Gewalt friuolser Putschisterei, sondern jene gebilligte Gewalt, die unvermeidlich ist, um die Gewalt der Kosten eines ungeheuren Massenlebens Herrschenden zu brechen...

Am 10. November sprach man im Reichstag von den Lichtenburger Opfern jener kommunistischen Märzaktion, über deren Entstehung man mittlerweile Genaueres gehört hat. Damals sprach auch der Reichstagsabgeordnete Crispian, und es ist wohl nicht, seine Rede zum Verständnis seines Artikels in der „Freiheit“ mit heranzuziehen.

Vor Crispian war Gen. Hermann Müller zwar nicht für die Freilassung aller Gefangenen, aber für Haftentlassung der im Hungerstreik Erkrankten und für weitgehende Begnadigungen eingetreten. Dagegen führte Crispian aus:

Der Führer einer Partei, die auch einmal Klassenkampf geführt hat, vertritt die Arbeiter, die deshalb verfolgt werden, weil sie gegen den Kapitalismus gekämpft haben, auf die Gnade einer bürgerlich-sozialistischen zumengewählten Regierung! Gibt es denn kein Empfinden dafür bei der rechtssozialistischen Fraktion, daß, wenn man Arbeiter auf Gnade vertritt, das ein Schimpf ist, den man Klassenkämpfern antut? Klassenkämpfer pfeifen auf die Gnade, weil sie nur in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus ihre Pflicht getan haben.

Danach wäre also die Märzaktion der Oberlein und Genossen ein Stück Klassenkampf gewesen, und die Beteiligten an dieser Aktion hätten „im Kampf gegen den Kapitalismus nur ihre Pflicht getan“. Weil sie, die Crispian an einer andern Stelle seiner Rede direkt als „proletarische Helden“ feiert, gegen den Kapitalismus kämpften, deshalb würden sie verfolgt.

Genosse Hermann Müller hatte in seiner Rede weiter gesagt, bei allen Wahlen habe sich gezeigt, daß die arbeitenden Massen für die Politik der Sozialdemokratischen Partei Verständnis hätten. Darauf antwortete Crispian:

Der Herr Abgeordnete Müller hat ferner erklärt, wir möchten uns nur gebüden, bei den Wahlen würde man abrechnen und die Entscheidung darüber herbeiführen, welche Partei bei den Wählern am meisten Anklang findet. Wir lehnen es ab, mit solchen Argumenten zu operieren. Wir verzichten sehr gern darauf, irgendwelche für Wahlen Stimmung zu machen und mit Rücksicht auf den Ausgang irgendeiner Wahl auf irgendwelche Wahlerfolge zu spekulieren. Wir wünschen uns darüber gar nicht, daß die Wahlergebnisse im gegenwärtigen deutschen Klassenstaat das Resultat politischer Fälschungen sind. Denn eine Fälschung gelingt es Ihnen durch den Betrug der bürgerlichen Zeitungen, durch die Irreführung der Arbeitermassen, durch die rechtssozialistische Politik und Presse, die Arbeitermassen zu täuschen, zu betrügen und die Wahlen in ihrem Resultat zu fälschen; aber Wahlkämpfe und Wahlerfolge sind vorübergehende Erscheinungen der jeweiligen politischen Situationen. Maßgebend wird allgemein und letzten Endes sein das Auftreten des Proletariats zum entscheidenden Kampf, der nicht durch Wahlen entstehen wird.

Man braucht diese Ausführungen Crispians nur, wie es hier geschehen, wörtlich nach dem stenographischen Protokoll wiedergzugeben, um zu bemerken, daß sich seine Gedankenänge von den unseren und denen eines großen Teil der Unabhängigen weit unterscheiden.

Nach den Ausführungen Crispians könnte es scheinen, als ob nur dort ein wirklicher Klassenkampf geführt würde, wo mit Gewalt, mit Anwendung physischer Waffen gekämpft wird. Das ist aber eine Anschauung, die von der Sozialdemokratischen Partei in allen Stadien ihrer Geschichte konsequent abgelehnt worden ist. Crispian nennt die Gewalt geradezu „heilig“. Eine solche Heiligprechung der Gewalt entspricht den Gedankengängen des Gottesgnadentums und des Militarismus, nicht unseren. Schon einmal, vor Jahrzehnten, stand im „Vorwärts“ der Satz: „Gewalt ist stets reaktio-

när gewesen." Den schrieb der damalige Chefredakteur des sozialdemokratischen Zentralorgans, Wilhelm Liebknecht, der Vater. Man kann also nicht sagen, daß der „Vorwärts“ seinen Ueberlieferungen untreu wird, wenn er den Worten Crispian energisch widerspricht.

Crispian nennt die Gewalt „unermesslich“ als Geburtshelferin einer neuen Gesellschaftsordnung. Marx, Engels und Lassalle erlaubten sich jedoch, der geradewegs entgegengesetzten Auffassung zu sein. Marx und Engels erklärten mit der größten Bestimmtheit, daß unter gewissen politischen Voraussetzungen die Gewaltanwendung vermeidlich sei, und Lassalle spottete über die Rindsköpfe, die sich eine Revolution „nur im Heugabelstange“ vorstellen könnten.

Daher unsere gänzlich verschiedene Einstellung zu der Märaktion. Wir halten mit der „Freiheit“ diese Aktion für ein „Verbrechen an der Arbeiterklasse“, nicht für einen „Kampf gegen den Kapitalismus“. Wir halten es überhaupt für eine gänzlich obstruse Idee, daß man durch Sprengung von Abositen und Vererbung von Banken „gegen den Kapitalismus“ kämpfen kann. Wir sehen in den Opfern der kommunistischen Irreführung arme unwissende Menschen, die alles Mitleid verdienen, wir bekämpfen die Ungerechtigkeit der Justiz, die die Gewalttäter von rechts besser behandelt als die von links. Aber wir müssen es ablehnen, die Willkür der Hölz, Eberlein, Sembel und Bowitzky als „proletarische Helden“ zu feiern.

Der vollkommene Gegensatz zwischen den Auffassungen Crispian und den unseren springt auch dort in die Augen, wo der unabhängige Führer über die Wahlen und die letzte Entscheidung durch das Proletariat spricht. An dem, was er von der Macht der Presse sagt, ist viel Nichtiges, aber es ist ein verhängnisvoller Denkfehler, zu glauben, daß diese Macht durch Anwendung physischer Gewaltmittel gedrohen werden könnte. Eine schlechte Presse kann man nicht anders bekämpfen als durch eine gute Presse. Schlechte Gedanken kann man nur bekämpfen durch richtige Gedanken. Ist es der Arbeiterklasse gelungen, die Geister für sich zu gewinnen, so erobert sie damit zugleich die legale politische Macht, und sie kann dann gegen illegale Gewalt der auf geistigem Felde geschlagenen Gegner von oben nach unten, mit der besten Aussicht auf Erfolg kämpfen — vorausgesetzt, daß diese Gegner nicht und verbrecherisch genug sind, ihre im Wahlkampf erworbene Unterlegenheit auch noch auf dem Felde der Gewalt besonders zu erhöhen. Es ist aber eine gefährliche Irreführung der Wähler, wenn ein Parteiführer ihnen einreden will, sie könnten Niederlagen, die sie im Wahlkampf erlitten, durch die Anwendung der „heiligen Gewalt“ wettmachen. Diese „heilige Gewalt“ wird sich dann mit Bestimmtheit als die schwächere erweisen. Man kämpft nicht gegen den Kapitalismus und für eine neue Gesellschaftsordnung, indem man die Arbeiterklasse in sichere Niederlagen hineinführt.

Die geistige Kampffähigkeit des arbeitenden Volkes so zu entwickeln, daß sie jener ihrer Gegner überlegen wird, die Entwicklung sozialistischer Wirtschaftseinrichtungen so weit zu fördern, daß sie imstande sind, die kapitalistischen Wirtschaftseinrichtungen abzulösen, das betrachtet die Sozialdemokratische Partei als ihre Aufgabe. Und hier muß sie, wenn sie nicht ihrer ganzen Geschichte untreu werden will, den Unterwerfungskampf gegen links ziehen, der freilich nicht sie von der Unabhängigen Sozialdemokratie trennt, sondern vielmehr durch diese mitten hindurchgeht.

Es ist ein Sommer und eine Stunde, wenn wegen tödtlicher Meinungsverschiedenheiten wüste Streitigkeiten ausbrechen, die mit Waffen persönlicher Berührung ausgefochten werden. Aber, wo grundsätzliche Gegensätze in Erscheinung treten, da dürfen sie nicht im Interesse einer äußeren Einigkeit vertuscht und verflüchtigt werden, sondern man muß sie ehrlich und sachlich austragen. Jede äußere Einigung würde ja doch in die Brüche gehen, wenn dieser Austrag nicht zuvor erfolgt wäre!

Die Sozialdemokratische Partei steht heute, das hat die fast einstimmige Annahme des neuen Parteiprogramms in Börtlich bewiesen, in ihren grundsätzlichen Auffassungen fest

und geschlossen da. Daselbst scheint bei der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht der Fall zu sein. Im Interesse der politischen Arbeiterbewegung und ihrer künftigen Einigung muß man hoffen, daß auf ihrem nächsten Parteitag die notwendige grundsätzliche Klärung erfolgen wird.

Zusammentritt des Reichstags.

Da die Beratungen des Steueraususses nicht so fortgeschritten sind, wie man es bei Vertagung des Reichstages erwartete, wird das Plenum nicht vor dem 13. Dezember zusammentreten.

Nochmals Bolschewist Radbruch.

Der „ardentliche“ Honorarprofessor Dr. von Beseler, Kiel, veröffentlicht einen zweiten langatmigen Artikel, um nachzuweisen, daß der Reichsjustizminister Genosse Radbruch ein Bolschewist sei. Herr v. Beseler drückt zu diesem Zweck Fiktionen aus Radbruchs bekannter Schrift „Die jungen Juristen“ ab. Wer unbefangenen Radbruchs Fiktionen und dazu Beselers Ausdeutungen liest, dem wird zwar nicht klar, daß Radbruch ein Bolschewist ist, wohl aber, daß der ardentliche Honorarprofessor Dr. von Beseler in ganz außergewöhnlichem Maße über die Gabe der Begriffstüchtigkeit und Verständnistüchtigkeit verfügt.

Aber Herr von Beseler hat schon seinen Grund, das neue System und seine Männer zu bekämpfen. Er wie sein kürzlich hier abkonterfetter Kollege Bornhak von der Berliner Universität gehören zu jenen „Beudanten“ der Wissenschaft, die unter dem alten System nicht auf Grund höherer geistiger Befähigung, sondern wegen „guter“ Geinnung ihre ardentische Professur erhalten haben. Man kann es verstehen, wenn die Herren gegen dieses System tiefe Dankbarkeit im Herzen bewahren.

Volkspartei und Reichseisenbahn.

Die Erregung, die die Erklärung des Reichsverbandes der Industrie vom 10. November über die Entlastung der Reichsbetriebe nicht nur in Arbeiter- und Beamtenkreisen, sondern auch in Teilen des demokratischen Bürgertums auslöste, scheint auf die Haltung gewisser Kreise innerhalb der Deutschen Volkspartei nicht ohne Einfluß geblieben zu sein. Hatte man zunächst den Eindruck, die Deutsche Volkspartei werde bei einem um die zukünftige Gestaltung der Eisenbahnen einsetzenden Kampfe geschlossen für den Uebergang der Bahnen an das Privatkapital eintreten, so mehren sich in der letzten Zeit aus den Reihen der Deutschen Volkspartei die warnenden Stimmen, die auf die bedenklichen wirtschaftlichen und politischen Folgen einer solchen „Entreichlichung“ hinweisen. In einem großen Referat über die politische Lage auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Stuttgart sagte der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann gestern mit erfreulicher Deutlichkeit: „Die Staatseisenbahnen dürfen nicht dem Privatkapital ausgeliefert werden.“ Tags zuvor hatte in Stuttgart in der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei ein Antrag Morath Annahme gefunden, der in seinem ersten Teil eine Stellungnahme zur Gesundung der Reichsbetriebe solange ablehnt, bis eine diesbezügliche Vorlage von der Regierung erfolge, im zweiten Teil unabweisend erklärt, die Deutsche Volkspartei werde keiner Betriebsform ihre Zustimmung geben, in der nicht die wohlverworbenen Rechte der Beamten vollkommen unangefastet bleiben.

Zu diesem Thema nimmt der Abg. Morath im „Tag“ selbst heute morgen Stellung. Daß die Erklärung des Reichsverbandes der Industrie durchaus nicht von allen Mitgliedern des Reichsverbandes mit ungeteilter Begeisterung aufgenommen wurde, geht aus folgenden Sätzen hervor:

Man weiß, daß eine starke und einflußreiche Sektion des Reichsverbandes sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Ueberführung der Reichsbahnen in Privatbesitz wendet, und daß auch führende Persönlichkeiten im Reichsverband es abgelehnt haben, in der Forderung nach privatwirtschaftlichen Formen schon eine solche Ueberführung in Privatbesitz zu sehen. Nachdem der Reichstanzler im Steuerauschuß eine

Vorlage der Regierung über die Sanierung der Reichseisenbahnen in nahe Aussicht gestellt hat, wird man mindestens abzuwarten haben, was hier an Vorschlägen zur finanziellen Gesundung der Bahnen gemacht wird.

Aus diesen Ausführungen spricht zwar nicht eine unzweideutige Ablehnung der Vorschläge des Reichsverbandes, immerhin aber rücken sie in bemerkenswerter Weise von den großindustriellen Plänen ab. Die einmütige Protestbewegung, die völlig spontan aus den Reihen der Arbeiter und Beamten erfolgte, ist offensichtlich auf die großindustriellen Kreise nicht ohne Eindruck geblieben. Hierfür spricht auch die starke Betonung der Notwendigkeit, den Beamten ihre bisherigen Rechte in vollem Umfange zu erhalten.

Der Tod auf der Flucht.

Wie wir bereits im Morgenblatt mitteilen konnten, ist am Donnerstag nachmittag ein von Berliner Kriminalbeamten verhafteter Kommunist, namens Lohse, vor dem Charlottenburger Polizeipräsidenten auf der Flucht angehalten und schwer verletzt worden. Der eine Schuß hatte ihn in den Rücken getroffen. Der Verletzte wurde noch am Abend operiert und ist, wie uns vom Polizeipräsidenten mitgeteilt wird, bei der Operation gestorben.

Der Verhaftete wurde vom Untersuchungsrichter in Blauen im Bogland steckbrieflich gesucht, weil er der Beteiligung an Sprengstoffattentaten verdächtig war. (Die erste Meldung, daß er an dem Attentat auf die 66-Weilerbrücke in Charlottenburg beteiligt gewesen sei, war irrtümlich.) Lohse hielt sich in Charlottenburg unter dem Namen Schmidt auf. Er wurde in der Wohnung eines Freundes verhaftet und bestritt den Beamten gegenüber, Lohse zu heißen. Zum Beweise, daß er wirklich Schmidt sei, erklärte er sich bereit, die Beamten in seine Wohnung zu geleiten. Zu diesem Zweck beabsichtigte er, die Kriminalbeamten durch eine dunkle Straße zu führen. Als die Beamten sich darauf nicht einließen und ihn in das Polizeiamt Charlottenburg bringen wollten, schlug er plötzlich mit den Fäusten auf die Beamten ein und schleuderte sie zur Seite, was ihm um so leichter gelang, als er ein großer, hertullich gebauter Mensch war. Die Beamten verfolgten ihn und riefen ihm mehrfach Halt zu. Als er diesen wiederholten Rufen nicht Folge leistete, schossen die Beamten mit dem erwähnten tragischen Erfolg.

Gleich bei seiner Verhaftung hatten die Beamten ihm einen geladenen Revolver abgenommen, der neun Schuß enthielt. Nach den der Polizei gewordenen Mitteilungen pflegte Lohse stets auch Eierhandgranaten bei sich zu tragen, die man jetzt allerdings nicht bei ihm gefunden hat. Es haben sich bei der Polizei eine ganze Reihe von Augenzeugen gemeldet, die bestätigen, daß die Beamten tatsächlich mehrfach den Flüchtenden zum Stehen aufgefordert haben und daß die Schüsse aus weiter Entfernung abgegeben worden sind.

Trotz alledem ist es begreiflich, wenn die „Rote Fahne“ angesichts der Verlegenheit, in der sich die kommunistische Zentrale in den letzten Tagen befand, dieses neueste Vorkommnis benutzt, um die Aufmerksamkeit von ihren eigenen Sünden abzulenken und auf neue an die Solidarität aller Arbeiter gegenüber den „konterrevolutionären Mordgeheulen“ appelliert, wie sie die Polizeibeamten nennt. Wir werden uns durch diese Ausschlochung des traurigen Vorfalles durch die Eberten und Genossen nicht ablenken lassen. Aber wir müssen doch die Forderung erheben, daß die Schlochschriften der Polizei schleunigst abgeändert werden. Es geht auf die Dauer nicht an, daß immer wieder „Mörder“ erschossen werden, besonders wenn, wie in diesem Falle, dem Verhafteten verhandene Waffen schon vorher abgenommen waren. Schon die Möglichkeit, daß ein vollkommen Unbeteiligter oder gar irrtümlich Verhafteter auf diese Weise vom Leben zum Tode befördert werden kann, weist auf die Gefahr hin, die aus den bestehenden Schlochschriften der Polizei erwachsen kann. Diese Gefahr muß ein für allemal beseitigt werden. Denn schließlich darf auch ein wirklicher Verbrecher nicht dem Richter durch Beschlüssen entzogen werden. Und nach den Erfahrungen von Mehlert u. a. kann man schwer an einen Fluchtversuch glauben, solange er nicht, wie z. B. im Fall Brandler — gelungen ist.

Ein neues Zeitalter der Menschheit.

Von Dr. Albert Reuburger.

Der griechische Dichter Hesiod, der ums Jahr 770 v. Chr. lebte, erzählt die bestannte Geschichte von den verschiedenen Zeitaltern des Menschengeschlechtes: dem goldenen, dem silbernen, dem bronzenen und dem eisernen. Seine Erzählung hat nur den einen Fehler, daß sie nicht stimmt. Die Entwicklung vollzog sich vielmehr, wie wir heute wissen, für die verschiedenen Völker in ganz verschiedener Weise: das eine lernte zunächst das Eisen, das andere wieder zuerst die Bronze kennen usw. Aber eines steht fest: Seit Jahrhunderten leben wir in einer Periode der Entwicklung, die man mit Recht als die „eiserner“ wird bezeichnen können. Vom Handwerk des früheren Mittelalters an gründeten sich alle Fortschritte fast einzig und allein auf die Verwendung des Eisens, unsere ganze so sehr bewunderbare Technik beruht fast ausschließlich auf diesem Metall.

Und doch muß es jedem, der Ziel und Richtung der technischen Entwicklung aufmerksam verfolgt, jetzt schon zum Bewußtsein kommen, daß die Herrschaft des Eisens vorbei ist und eine neue Periode der Menschheit anhebt, die durch andere Metalle gekennzeichnet sein wird. In der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts setzte ein neues Zeitalter der Menschheit ein, das der Chemiker Professor Haber bereits als das „Zeitalter der Leichtmetalle“ gekennzeichnet hat. Derartige Leichtmetalle gibt es nun eine ganze Anzahl; in der Hauptsache werden es aber das Aluminium und das Magnesium sein, in deren Zeichen sich die Entwicklung vollziehen wird.

Groß und von weittragender Bedeutung ist die Zahl der Vorteile, die uns dadurch erwachsen werden, daß wir das Eisen durch das Aluminium ersetzen. Um die Eisenwege zu fördern, müssen wir in beträchtliche Tiefen hinabsteigen. Das Rohmaterial für die Gewinnung des Aluminiums hingegen, die Tonerde, liegt überall in Mengen offen zutage. Früher freilich glaubte man, daß nur eine bestimmte ihrer Arten, das nur in Frankreich vorkommende Mineral „Bauxit“ geeignet sei, um daraus Aluminium auf elektrischem Wege zu erschmelzen. Während des Krieges haben wir aber die einheimische Tonerde darauf zu reinigen gelernt, daß wir auf den ausländischen Bauxit verzichten können. Die Hochöfen, in denen wir das Eisen aus seinen Erzen gewinnen, verbrauchen Unmengen von Kohle. Der elektrische Strom, der uns das Aluminium liefert, kann ohne jeglichen Aufwand dieses immer kostbarer werdenden Brennstoffes erzeugt werden. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Transport. Jeder aus Aluminium hergestellte Gegenstand ist mehr als dreimal leichter, als wenn wir ihn in gleicher Größe aus Eisen anfertigen.

Es ist der Technik gelungen, das Aluminium in so weitgehendem Maße zu reinigen, daß es sich an der Luft vorzüglich hält. Auch hier also ein Vorteil gegenüber dem stets rostenden Eisen. Nach

langen Versuchen ist es geglückt, Verfahren zum Bösen von Aluminium zu finden. Zahlreiche schöne Legierungen, darunter solche von goldähnlicher Farbe, lassen sich sowohl aus dem Aluminium wie aus dem Magnesium gewinnen. So hat denn die Verwendung des Aluminiums in der Technik bereits in weitgehendem Maße eingesetzt. Man benötigt es an Stelle des teuren und schweren Kupfers an elektrischen Maschinen sowohl wie für die Leitungen, in denen der Strom aus den elektrischen Zentralen in die Ferne fließt. Das leichtere Gewicht dieser Drahtleitungen ermöglicht auch die Verwendung leichter Masten und Stänge. In der Maschinenindustrie nimmt der Gebrauch des Aluminiums einen immer größeren Umfang an, und vor allem ist es die Automobilindustrie, die sich seiner bedient. Man gießt die Zylinder der Motoren sowohl wie ihre Kolben und viele sonstige Teile daraus, ja man stellt sogar ganze Wagenkasten aus diesem Metall her. Besondere Vorteile gewährt es, daß das Aluminium infolge seiner guten Wärmeleitfähigkeit die an den einzelnen Maschinenteilen auftretende Wärme sehr rasch ableitet. In der chemischen Industrie, in der Brauerei sowie im Brauereigewerbe benutzt man riesige Kessel aus diesem schönen, hellen, silberweißen Metall. Gewaltige Fabriken sind entstanden, die es in riesigen Mengen erzeugen — es ist ein wahrer Siegeszug, den es eben antritt.

Zwischen den Worten. Als das Moskauer „Ankerische Theater“ im Frühjahr 1906 nach Berlin kam, wurde es eine Offenbarung. Man erkannte, daß hier eine Höchstleistung der Theaterkunst geschaffen war, die von den berühmten Westlern (Moliere, Brahms, Reinhardt) freizeitswegs überboten wurde. Die Truppe war unvorstellbar in der Biedergrube des letzten russischen Lebens; es zeigte sich ein Vorbildungsstil, der der eindringenden Wirklichkeit des russischen Christentums ebenbürtig war. Die Aufmachung einer naturgetreuen abkonterfietten Wirklichkeit war echt und doch künstlerisch.

Jetzt, da die Russen wieder bei uns zu Gaste sind, ist unsere Einstellung eine andere. Der Naturalismus ist als Stillform bereits historisch geworden. Die Sehnsucht der Russen geht auf ein neues Drama und eine neue Bühnenkunst. Die Russen, die nun seit Jahren ihrer Heimat fern sind, bringen nach das alte Repertoire. Und wir hätten gerne etwas von unfermelmen erhellungen Experimenten des neuen Russland gesehen. Das Russland Tschekow, den gestern in der Sanktänder Straße mit unüberbietbarer Reinmalerei lebendig gemacht wurde, ist vorbei. „Drei Maria“ ist uns heute das Sinnbild des modernen russischen Kleinstbürgertums, des die alte naturwahrliche Lebensform verlassen hatte, ohne aus der Migration das Ziel und den Weg zu einem neuen Leben zu finden. Die um Wege künden — könnte man diese Menschen nennen, hohe Naturen in Woll, die höchstens einmal erodieren, aber dann in die Verböhrnis der Dede zurückfallen. Dies Chymose und Dumme, dieses Hindämmern, dies Phantastieren in Falschheit, dies Verleiden des Seelischen wurden von Maffalino (Mojol), Katschalom (der West und Rosenauer) und vor allem von der Germanowa unvergleichlich getroffen. Wenn Tschekow rhetorisch wird, dann

sind diese Schauspieler alljährlich, aber wenn sie zwischen den Worten Seeleneinblicke eröffnen, wenn sie die Tönen zu Offenbarungen werden und das Ungesagte zum Ausdruck kommen lassen, sind sie Meister. Die Germanowa wirkt beinahe mit tragischen Schauern in ihrer milden Rüstzeit, nur durch das Spiel der Hände und den Blick. Prochotow sind die Vertreter des alten ungebrochenen Russland charakteristisch: die Stulstaja als alte Amme und Pawlow als Gnadenbrötter.

Zum Schluß ist auf dem Gutsbessershofe alles wieder beim alten: das Neue, das störend und hoffnungsvoll zugleich hereinabgebrochen, ist wieder gegangen (wie das Gemitter). Sie sind abgereist, wiederholt einer nach dem andern. Man hört die Glocken der Treita von draußen her und ahnt die weite Ebene... und drinnen steht wieder der Winter ohne Ziel und Sehnsucht ein.

Dieses Russland war einmal... —

Die Bedrohung des Lehrfilms. Der Schul- und Lehrfilm hatte sich in den letzten Jahren nach Ueberwindung mannigfacher sachlicher und persönlicher Hemmungen in erfreulichem Maße durchzusetzen begonnen und schien ein wichtiger Faktor für Volks-, Mittel- und höhere Schulen werden zu wollen. Nun droht die Erhöhung des Rohfilmpreises die Herstellung von Lehrfilmen, die ohnehin niemals „ein Geschäft“ waren, völlig unmöglich zu machen. Die Wirtschaftsgesellschaft für Kinofabrikation (Wofa) hat innerhalb zweier Monate den Rohfilmpreis von 2,85 M. auf 7 M. für das Meter erhöht. Weitere Erhöhungen sind in nächster Zeit zu erwarten. Am Mittwoch hatten sich deshalb alle großen, an der Lehrfilmherstellung beteiligten Filmgesellschaften, die in Berlin ihren Sitz haben, zu einer Sitzung vereinigt, in der ein gemeinsames Vorgehen beschlossen wurde. Es sollen unter Hinzuziehung der Behörden, der Gewerkschaftsvertreter usw. Verhandlungen mit der Wofa eingeleitet werden, um wenigstens für ein bestimmtes Kontingent von Lehrfilmen eine Ermäßigung des Rohfilmpreises zu erreichen.

Ein neuer Planet. Die Entdeckung eines neuen Sterns, der den Namen „1920 HZ“ erhalten hat, wird von der Sternwarte in Anier gemeldet, und zwar wird dieses Merkmal, das seit dem vorgezogenen Jahre Gegenstand eingehenden Studiums war, als „halb Planet, halb Komet“ beschrieben. Während andere keine „Planeten“ herum um den Mars oder Jupiter bewegen und dabei in ihrem Lauf mehr oder weniger dieselbe Entfernung innehalten, ist „1920 HZ“ weniger beständig. Wenn er der Sonne am nächsten ist, so befindet er sich etwa 31 Millionen Meilen entfernt, und wenn er von der Sonne am weitesten fort ist, dann ist er fast dreimal so weit entfernt. Seine Bahn, die die des Mars und Jupiter kreuzt, erreicht dann die des Saturn. Der neue Planet vollendet seine Reise um die Sonne in etwas mehr als 13 Jahren.

Das Antime Theater. (Direktion Gustav Hebbner) Berichtet die Wofa Dezember letzten einen deutschen Wandlitzwunder von „Ober“ und „Nieder“ im „Antime“ (Die große Erde) (König Gustav Hebbner) und seine Komödie „Der Schloß“ (König Dr. Karl Heine) werden zur Darstellung kommen.

Das Antime Theater. (Direktion Gustav Hebbner) Berichtet die Wofa Dezember letzten einen deutschen Wandlitzwunder von „Ober“ und „Nieder“ im „Antime“ (Die große Erde) (König Gustav Hebbner) und seine Komödie „Der Schloß“ (König Dr. Karl Heine) werden zur Darstellung kommen.

Mordprozess Buchholz.

Die heutige Sitzung begann mit betrüblicher Verspätung, weil einer der Geschworenen nicht rechtzeitig zur Stelle war.

Der Vorsitzende verliest die an die Geschworenen zu stellenden Schuldfragen. Sie lauten auf gemeinschaftlichen Mord und auf Untertug des Staatsanwalts bezüglich des Erren auch auf Begünstigung und bezüglich des Mörder auf Beihilfe.

Zur Begründung der Anklage führt

Erster Staatsanwalt Kreuze

im wesentlichen folgenden aus: Der Charakter des verstorbenen Wachtmeisters Buchholz ist durch Zeugenausagen ausgiebig beleuchtet worden. Ich will nichts beschränken, aber manche Aussagen hatten offenbar den Zweck, alle Schatten auf Buchholz und alles Licht auf die Angeklagten fallen zu lassen. Es liegt Methode darin, Buchholz möglichst schlecht hinzustellen. Ein Interesse an dieser planmäßigen Verunglimpfung haben alle die, denen daran liegen muß,

das Märchen eines Selbstmordes

glaubhaft erscheinen zu lassen. Darum stellte man ihn als einen Verworfenen hin, der schließlich zur Waise gebrannt haben soll. Doch Buchholz Untersuchungen beantragt hat, ist durch die Beweisführung nach dem Entschluß des Sachverständigen nicht erwiesen worden. Aber selbst wenn er Untersuchungen beantragt hätte, so ist aufs Entscheidende zu verneinen, daß er deshalb Selbstmord verübte. Er wurde aus der Untersuchungsanstalt entlassen, wieder in die Kaserne aufgenommen, in derselben Verhaftung weiterbehalten. Konnte er da einen Anlaß zum Selbstmord haben? Er durfte ja damit rechnen, daß seine Dienstverhältnisse zurückgenommen würden! Und selbst wenn er tausendfach Anlaß zum Selbstmord gehabt hätte — er hat sich ja nicht das Leben genommen, das ist ja ausgeschlossen! Der medizinische Sachverständige Störmer hat erklärt, daß ein solcher Schuß in den Hinterkopf, der diese Richtung hatte, nicht von Buchholz selber abgegeben sein kann. Auch die anderen Sachverständigen haben einen solchen Schuß, wenn sie ihn auch für möglich halten, für unermesslich erklärt. Buchholz hat sich vorher sich noch rasieren lassen, beim Barbier ein Blatt Papier gelesen und sich dann hinsetzen lassen, um sich zu erfrischen! Er hatte den Mantel an, den Hut auf dem Kopf und den Stock in der Hand, als die tödliche Kugel ihn traf. Als er eben ausgehen wollte, soll ihm plötzlich der Gedanke gekommen sein, sich schneid mal zu erfrischen? Es ist meine volle Überzeugung, daß ein Selbstmord ausgeschlossen ist.

Wer oder wann denn als Täter in Frage kommen? Das Mordtäter ist ein Mitglied der Hundertschaft. Man hat hier die Hundertschaft und besonders die Unzufriedenen genannt. So, sie wären wichtige Polizeibeamte gewesen. Aber wie sie aufrichtig ihren Dienst machen, das ist eine andere Frage. Ganz gewiß waren sie nicht sämtlich Mörder. Wenn ich vor kurzem wegen einer Mißhandlungsangelegenheit zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nach dem, was ich gehört habe, möchte ich meinen nicht in die Hände fallen. Auch die an den Wachtmeister Störmer von mehreren Schwabachern anwesenden besonnenen Mißhandlungen ist eine brutale mißbräuchliche Justiz. Kennzeichen ist noch das Verhalten der Hundertschaft bei der Waffensache, das der Minister im Parlament als Meuterei bezeichnet hat. Wenn Oberstmann Reichelt sein Verhalten gegenüber Oberst Reichelt ins Bräutchen übertrugen wollte, würde er recht schlechte Erfahrungen machen. Dazu kommt, daß Verleitung zum Mord verübt und von „Verschwänden“ geredet wurde. Wofür?

Boden der Unzufriedenheit, der Gewalttätigkeit, der Aufsehung gegen Gelebe

konnte eine solche Tat wohl edel sein. Hauptmann Störmer soll gesagt haben: „Wenn ich nicht mehr Führer bin, werden meine Leute Verbrecher.“ Das ist ebenfalls noch dem, was die Beweisführung ergeben hat. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß man bemüht gewesen ist, den Tatbestand zu verdunkeln. Der Hundertschaft steht man gegenüber wie einer geschlossenen Phalanx. Störmer sagte: Die Leute hängen wie Kleben zusammen. So, das stimmt. Gefürchtet wurde, daß Buchholz zur Abwehr die Agentenbesetzung ausposaunte. Seit März 1921 war es verboten, politische Vorlesungen zu beschließen. Er lesen ist doch seine noch nachher gegen die arbeitsrechtliche Beschlüsse des Polizeipräsidenten beschließt und beachtet worden sind. Wozu sagte: „Wenn Buchholz mit politischen Sachen kommt, ist er erledigt!“ Ein paar Tage danach fand man Buchholz erschossen. Den „Bund der Hinmänner“ will man als harmlos hinstellen. Was bedeutet dann der „große Schlag“, von dem die Rede war? Es ist auch möglich, daß befürchtet wurde, Buchholz werde die Unterföhrung eines anderen verraten. Wunderte man sich zu erwarten, daß er die Hundertschaft hochstellen würde. Bekannt war, daß er Beziehungen zur radikalen Presse unterhielt. Um den befürchteten Skandal zu vermeiden, genügte nicht, Buchholz zu verschweigen. Er mußte „beseitigt“ werden. Hier ist der Schlüssel zur Lösung des Rätsels der Schloßkaserne.

Wirtschaft

Die Umsatzsteuer Edertriff erheblich die Erwartungen.

Die „Eina“ meldet: Die Veranlagung der Umsatzsteuer für das Jahr 1920 ist im wesentlichen abgeschlossen. Die grundsätzlichen Fragen des geltenden Umsatzsteuerrechts sind zum größten Teil geklärt. Das finanzielle Ergebnis hat, wenn auch noch keineswegs alle Umstände erfaßt sind, die Erwartungen erheblich übertraffen. Der Reichsminister der Finanzen hat daher Veranlassung genommen, den Umsatzsteuerbehörden seinen Dank auszusprechen, besonders dafür, daß es ihnen gelungen ist, bei voller Wahrung der fiskalischen Interessen, die Kreis-, Länder- und Gemeinden in gleicher Weise an der Umsatzsteuer haben, die berechtigten, wirtschaftlichen Interessen der Steuerpflichtigen zu berücksichtigen. — Diese Mitteilung ergibt weiter, wie die auf den arbeitenden Massen lastenden Steuern schließlich eingetrieben werden, während der Fiskus mit seinen Einnahmen noch weit im Rückstand ist. Wann wird der Reichsminister seine Erwartungen bei der Fortführung der Vermögenseinkommen übertraffen sehen? Wenn es so weitergeht wie bisher, wird das nie eintreten.

Die Reparationskartoffeln. M.B. meldet: In letzter Zeit sind Vorwürfe wegen angeblicher Verschleuderung von Kartoffeln erhoben worden, die als Reparationskartoffeln für Frankreich und Belgien bestimmt waren. Bei dem Verkauf handelte es sich um Saatkartoffeln, deren Lieferung auf Grund des Friedensvertrages zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete dem Deutschen Reich auferlegt worden war und die sich auf dem Transport nach dem Ueberführungsbahnhof Herbesthal befanden. Die Veräußerung war ausdrücklich, nachdem die Abnahmelizenz für den Gegenstand die Kartoffeln zurückgewiesen hatte. Etwa 17 500 Ztr., die auf dem Transport durch die Stationen hatten, und deren Rückführung auf Schmalspurbahnen möglich wäre und zum vollständigen Verderben der Ware geführt hätte, wurden in dem an Belgien abgetretenen Gebiet an ehemals deutsche Gemeinden, Eisenbahn- und Zollbeamte zu angemessenen Preisen abgesetzt. Eine weitere Menge frostbeschädigter Kartoffeln, etwa 15 000 Ztr., ist in Deutschland selbst verwertet worden. Von den von der Reparationskommission angeforderten etwa 100 000 Ztr. sind 25 000 Ztr. zur Ablieferung gelangt. Die Belieferung weiterer Mengen ist eingestellt worden.

Wiederaufnahme der Ammoniakfabrikation in Oppau. Die Aufwörterarbeiten in Oppau sind so weit geblieben, daß dieses Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik am 1. Januar wieder die Fabrikation von Ammoniak und Ammoniumsulfat in vollem Umfang aufnehmen wird.

Groß-Berlin

Der Hundertunddreizehnte.

Gewaltspolitik oder Vernunft im Roten Hause?

Das neue Berliner Stadtparlament hat bekanntlich eine bürgerliche Mehrheit — wie das alle eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit hatte. Aber es besteht doch ein erheblicher Unterschied: die alte Mehrheit war da — die neue ist nur eingebildet, mit der alten konnte man eine selbständige Politik machen — mit der neuen geht das nicht. Und das Verhängnisvolle ist das: daß die bürgerlichen Parteien den klaren Sachverhalt nicht sehen, nicht sehen wollen, daß sie sich einbilden, nun in Berlin eine Politik der Machtpolitik statt einer Politik der Verständigung und des Rahmens treiben zu können. Sie bilden sich ein, die Parteien der Linken bei allen wichtigen Entscheidungen einfach auszuhalten, d. h. vergeblichen zu können. Damit gewinnen sie uns einen parlamentarischen Kampf auf, der auf dem Rücken der städtischen Interessen ausgefochten werden möchte, einen Kampf, den wir nicht zu fürchten haben, der aber die Verwaltungsarbeit nahezu lahmlegen könnte und für den die bürgerlichen Machtpolitiker die Verantwortung zu übernehmen hätten.

Der Diktator des Stadtverordnetenvorstandes, der Sabotierung unserer Behaltensarbeit in der letzten Versammlung reißt sich nun ein drittes Stück an, das vielleicht dem Fuß den Boden ausschlägt. Bekanntlich ist die bisherige sozialistische Einstimmigkeit in Berlin-Mitte durch eine bürgerliche ersetzt, die aber nicht ausreicht, um bei den Stadtratssitzungen über die gleichen Verhältnisse hinauszuweisen. Das Verhältnis soll nun bei der Verteilung der auf die Stadtverordnete Gewählten „fortgeführt“ werden. In der gestrigen Sitzung des Wahlprüfungsausschusses stellte es sich heraus, daß im ganzen nur 5 Stadtverordnete den Wunsch geäußert hatten, einem anderen Bezirk als ihrem Wohnbezirk zugewiesen zu werden, daß aber hierunter zufällig 3 Bürgerliche waren, die ausgerechnet dem Bezirk Mitte zugewiesen sein wollten — drei, denn zwei hätten zur Veränderung des Wahlergebnisses noch nicht ausgereicht, und der dritte war der deutsch-nationale Herr Herr Koch, der die dem Bezirk vorgeschriebenen „persönlichen Beziehungen“ zum Bezirk in der Tatsache des Besuchs des eigenen Meisters und der Tätigkeit im Landtage sieht!

Die Bürgerlichen haben diese offensichtliche, mit Händen greifbare Vergewaltigung eines Wahlbezirkes im Ausschuss geschlossen mitgemacht. Nach unserer Auffassung kann und wird sich die sozialdemokratische Fraktion eine solche Politik der Vergewaltigung nicht gefallen lassen, es sei denn, wenn die Mehrheitsverhältnisse auch nicht einmal ein äußerliches Recht zu einer dergleichen Politik geben. Das ist sie nicht nur sich, sondern das ist sie ihren Wählern und nicht zuletzt dem Wohle der Stadt Berlin schuldig.

Die bürgerlichen Parteien sollten sich vornehmlich darüber im klaren sein, daß sie in einem solchen Kampfe, den sie leichtfertig provozieren, den kürzeren ziehen werden. Sie sollten sich überlegen, ob sie es der Stadt Berlin gegenüber verantworten können, nennentliche Abstimmungen heraufzubekommen, die nach Lage der Sache jedesmal die Beschlußfähigkeit des Hauses herbeiführen müssen. Der Hundertunddreizehnte Mann, den sie in jedem Augenblick zur Stelle haben müßten, um in einem 22er-Parlament eine dergleiche Politik zu machen, war bisher jedenfalls noch niemals da, und wird auch in Zukunft nicht da sein. Uns will bei dieser Sachlage scheinen, daß eine Politik der Vernunft und der sachlichen Verständigung unter den abwaltenden Umständen den Interessen der Stadt Berlin besser gerecht würde als dieses Scheinwiegen in eine Macht, die tatsächlich nicht vorhanden ist, um so weniger, als Zentrum und Wirtschaftspartei nicht immer mit den Deutschnationalen durch die dünn gehen werden können und können, wie sich dies schon in der Frage der Beamtengehälter gezeigt hat. Es mag ja schmerzhaft sein, auf eine erträumte Machtpolitik zu verzichten, aber der Wille der Wähler hat sich einmal so gestellt. Ein arbeitsschädliches Stadtparlament wird jedenfalls nur zustande kommen, wenn die Mehrheit sich rechtzeitig darauf besinnt, daß sie nicht für sich, sondern für die Interessen der Stadt Berlin, für die Interessen der Allgemeinheit da ist. Dann braucht sie sich auf den „Hundertunddreizehnten“ auch nicht mehr zu verlassen!

Die Bäckermeister sind unzufrieden.

Der Magistrat hat erst nach wochenlangen Verhandlungen mit den Bäckern für Brot auf Marken einen Preis von 7.95 Mark, für drei Schrippen einen solchen von 70 Pf. festgesetzt. Gegen diese Preisfestsetzung erheben jetzt die Groß-Berliner Bäckermeister einmütigen Protest, da sie erklären, mit diesen Preisen nicht auskommen zu können. Infolge des Lohnrückganges von 130 Mark pro Woche, den die Gelehen erhalten haben, hätten sich die Verhältnisse derart gestaltet, daß die Gehältern in Groß-Berlin heute ein Jahreseinkommen von 26 000 Mark haben, während den Bäckermeistern nur 19 000 bis 22 000 Mark infolge der rückwärtigen Preisfestsetzungen als Einkommen zur Verfügung stehen. Der Verlust von markentwertem Gehalt sei mit Ausnahme der westlichen Bezirke in ganz Groß-Berlin um 80 bis 75 Proz. zurückgegangen, so daß die Bäcker nicht mehr imstande seien, ihre Geschäftskosten aus dem Verkauf der markentwerteten Ware zu decken. Sie wollen noch einmal prüfen, den Magistrat zu veranlassen, den Preis um 10 bis 15 Pf. zu erhöhen, da sonst die Bäcker aus ihrer Stellung zu wichtigen Entscheidungen Stellung nehmen müßten. Die Bäcker protestieren vor allem gegen die Drohung des Magistrats, die Brot-erzeugung in städtischen Betrieben vorzunehmen, da die Vorarbeiten beim Mischamt gezeigt hätten, daß so eine weit größere Belastung der Konsumenten eintreten würde.

Die in dem Bäckermeisterlichen Protest enthaltenen Angaben sind nur mit Vorbehalt zu genehmigen. Es erscheint sehr fraglich, ob sie einer scharfen Nachprüfung standhalten können.

Räumungsklage wegen 10 Pfennig Rückstand.

Ein Hauswirt aus der Altehrer Str. 19, hat es fertig gebracht, die Räumungsklage gegen einen Mieter, Landaberner Allee 130, anzustrengen, und zwar wegen einer „Forderung“ von zehn Pfennigen! Das Mietverhältnis wies die Klage ab und erließ folgendes Urteil: Der Mieter hat nach eigenen Angaben des Vermieters seine Miete voll bezahlt, bis auf einen Rest von 0.10 Mk. Die Räumung zum 1. November wird nicht zugelassen.

Es ist bedauerlich, daß den Mietlingsauswärtigen keine gesetzlichen Bestimmungen zur Seite stehen, die es ermöglichen, für derartige Belästigungen öffentlicher Einrichtungen eine besondere Strafe festzusetzen.

„Voll und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Auf die letzte Seite der vorliegenden Nummer möchten wir ganz besonders verweisen. Dort wird in einer launigen, an den Belohnungsmann gerichteten Anzeige der Buchhandlung Vorwärts das „Buch als Beweismittel“ mobil gemacht: Bilderbücher, Unterhaltungsliteratur, Reisebeschreibungen, Taschenrechner usw. Diese Anzeige will zugleich zum Besuch der Weihnachtsbuchausstellung der Vorwärtsbuchhandlung (Lindenstr. 2, Baden) anregen.

Zum Mord an Fräulein Bechth. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I sollte am Samstag, den 3. Dezember, die Verhandlung gegen die des Mordes an dem Fräulein Bechth. Angeklagten Braud und Limbacher stattfinden. Die Angeklagten hatten seinerzeit die Ermordete auf Grund einer Heiratseingabe kennengelernt. Fräulein Bechth. wurde eines Tages er-

stickt in ihrem Bett aufgefunden. Ihre Schmutzfachen waren geraubt. Gegen Limbacher wurde das Verfahren eingestellt, weil er als unzurechnungsfähig erklärt wurde. Auch Braud soll auf seinen Geisteszustand untersucht werden, da verschiedene Tatsachen dafür sprechen, daß Braud für eine etwaige Beteiligung, die er übrigens in Abrede stellt, nicht verantwortlich gemacht werden kann. Mit Rücksicht hierauf ist der bereits angelegte Termin bis zur Erstattung des Sachverständigengutachtens vertagt worden.

Milchfrachten und Milchsteuer. Die Frachten für Milch des Auslandes sind zu werden noch einer der Handelskammer zu Berlin (siehe zugegangenen Mitteilung der Eisenbahndirektion ab 1. Dezember nicht um 50 Proz., wie alle übrigen Milchfrachten, sondern nur um 25 Proz. erhöht.

Grabsteine für den vergangenen Nacht vom alten Friedrichsfelder Friedhof mehrere Bronzeplatten von Grabsteinen und zwei Granitplatten mit Aufschrift. Die Platten sind 40 mal 60 Zentimeter groß und wiegen dementsprechend schwer.

Eine mutige Frau. Gestern vormittag wurde die Frau Franziska Siegelowitz auf dem Wege nach ihrer Wohnung in der Koblenstraße in Wannsee von einem Wanne angefallen. Sie ließ sich jedoch nicht ins Bodenhorn jagen, sondern verlor dem Täter einen dergleichen Ruckst, daß er auf der Stelle zusammenbrach. Dann ließ sie davon und holte sich Hilfe. Als sie mit einem Beamten der Schutzpolizei zurückkehrte, war der Mann verschwunden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Froden und grimmig kälter, jedoch überwiegend bewölkt bei mäßigem Frost und heißen nördlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Verband der angestellten Dentisten und Helferinnen.

Unter diesem Namen ist vor kurzem eine Vereinigung mit dem Sitz in Berlin gegründet worden, die es sich zur Aufgabe stellt, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der bei Zahnärzten, in Zahnkliniken und Laboratorien beschäftigten Angestellten zu heben. Diese Angestellten arbeiten unter so menschenunwürdigen Verhältnissen und in so langer Arbeitszeit, wie kaum eine andere Berufsgruppe. Die Bezahlung geht wohl selten über die Ermordetenunterstützung hinaus. Doch durch unangenehme Rückschlüsse überhand zu treten, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß es bis jetzt an einer freigewerkschaftlichen Organisation für diese Verhältnisse fehlte. Es besteht zwar ein Verein der nichtselbständigen Dentisten; dieser konnte aber naturgemäß für die angestellten Dentisten und Helferinnen nicht leisten, weil er auch zahlreiche Arbeitgeber zu seinen Mitgliedern zählt. Aufgabe der in der Gewerkschaftsbewegung ist es nun, den neuen Verband der angestellten Dentisten und Helferinnen zu einer starken und leistungsfähigen Kampforganisation zu gestalten. Es ist dringend notwendig, daß alle in Frage kommenden Angehörigen sofort ihren Beitritt zu der jungen Organisation, welche dem W.F.A.-Bund angegeschlossen ist, vollziehen.

Anmeldungen nimmt G. Trowitsch, Grüner Weg 102, entgegen. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Konflikt in der chemischen Industrie Badens.

Eine Entscheidung des bezirkslichen Schlichtungsausschusses in Mannheim vom 10. Oktober wurde von der Arbeiterchaft abgelehnt in der Hoffnung, daß der Zentralschlichtungsausschuss in Berlin eine günstigere Entscheidung treffen würde. Die Entscheidung des Zentralschlichtungsausschusses brachte eine weitere Lohnerhöhung. Infolge der im November härter eingetretenen Teuerung lehnte die Arbeiterchaft den Schlichtungsbescheid des Zentralschlichtungsausschusses ab und beauftragte die Organisationsleiter, bei den Verhandlungen über die Dezemberlöhne dies zu berücksichtigen. Die Verhandlungen am 25. November in Karlsruhe scheiterten wiederum. Das Angebot der Arbeitgeber, eine 15 Proz. resp. 20 Proz. Lohnerhöhung für die Zeit vom 1. Dezember bis 15. Januar 1922 einzutreten zu lassen, lehnte die Verhandlungskommission ab und forderte eine Lohnerhöhung von 15 Proz. für den Monat November und eine Erhöhung der Dezemberlöhne um 4 Mk. pro Stunde für Arbeiter über 21 Jahre. Die Arbeitgeber erklärten keine Vollmacht zu besitzen, um über ihr Angebot hinauszugehen zu können. Am 28. November konnte der bezirksliche Schlichtungsausschuss wieder zu keiner Entscheidung kommen. Während in allen anderen Industrien für den Monat November die Löhne wesentlich erhöht werden konnten, trotzdem sie tariflich geregelt waren, lehnten die Arbeitgeber der chemischen Industrie die Erhöhung ab. Eine Betriebsärzte- und Vertrauensmännerkommission der chemischen Industrie Ludwigschloß-Mannheim nahm dazu Stellung. Sie erwartet vom Zentralschlichtungsausschuss in Berlin mehr Verständnis für die gegenwärtigen Verhältnisse der Arbeiterchaft. Sollte der Zentralschlichtungsausschuss nicht in der Lage sein, ihren Forderungen gerecht zu werden, so verlangen sie vom Zentralschlichtungsausschuss, daß ihnen selbst die Entscheidung überlassen bleibt. Die Situation ist ernst. Die Arbeiterchaft ist entschlossen, durch Kampf ihre gerechten Forderungen durchzusetzen.

Einigung in der Berliner Textilindustrie.

Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin schloß am 26. November dieses Jahres im Torfgebiet der Berliner Textilarbeiter mit ihren Unternehmern einen Schlichtungsbescheid, der die Wiederaufnahme der Arbeit bis spätestens zum 29. November vorschlug. Die Zuschläge auf die Stundenlöhne betragen für die reine Textilindustrie im Dezember 70 Pf. bis 1.80 Mk. für Männer und 60 Pf. bis 1.50 Mk. für Frauen; im Januar erhöhen sich diese Zuschläge für Männer auf 1 Mk. bis 2.20 Mk. und auf 90 Pf. bis 1.90 Mk. für Frauen für die Herberberei und chemischen Waschanstalten belaufen sich die Zuschläge im Dezember auf 70 Pf. bis 1.10 Mk. für Männer, 60 Pf. bis 1 Mk. für Frauen und auf 90 Pf. bis 1.30 Mk. und 80 Pf. bis 1.20 Mk. im Januar.

Hierdurch ist das letzte Angebot der Arbeitgeber um folgendes erhöht worden: Für die reine Textilindustrie für Januar pro Stunde um 20 Pf. für männliche Beschäftigte und für die Strangfärbereien und chemischen Waschanstalten je um 10 Pf. und die Rückzahlung der Dezemberlohnzulage für die reine Textilindustrie auf 4 Wochen des November und für Strangfärbereien und chemische Waschanstalten auf 2 Wochen für geleistete Arbeitsstunden und unverändertes Fernbleiben von der Arbeit. Die Dezemberlöhne sind dieselben wie bei dem Angebot der Arbeitgeber.

Die Arbeiterchaft nahm durch Abstimmung den Vergleichsvorschlag mit 7400 Stimmen gegen 1314 Stimmen an unter der Bedingung, daß in keinem Betriebe Nachregelungen vorgenommen werden. Die Berliner Wollweberei W. Rengers u. Söhne drohte Nachregelungen in größerer Anzahl an. Es konnte deshalb von dieser Arbeiterchaft die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen werden. Hoffentlich einigt eine friedliche Beilegung, da sonst zu befürchten ist, daß die Arbeiterchaft in den anderen Betrieben wieder in den Ausstand tritt.

Vom „Aktionsausdruck“ der Arbeitlosen.

Ein Arbeitloser schreibt uns: Unter dem Titel „Kommunistische Desperadopolitik“ brachte der „Vorwärts“ in seiner Nr. 365 eine Zuschrift des Bäckerverbandes, wonach bei der Firma Hilbebrandt u. Co. auch der neu gegründete Aktionsausdruck der Arbeitlosen engagiert ist, welcher durch seine Vertreter bestrift ist, die Verhandlungen in des Fahrwasser der politischen „Aktions“ zu setzen. Beherrschend, heißt diesen Elementen zwölf Ehre antun.

In einer Versammlung der Arbeitslosen am 30. November in den Musikerkäfen erstattete dieser Aktionsausschuss Bericht über seine Tätigkeit bei dieser Firma. Bei ihrer Berichterstattung wurde diesen Ehrenleuten der Vorwurf gemacht, Gelder unterschlagen zu haben. Es wurde ihnen nachgewiesen, daß ihre Tätigkeit bei der Firma darin bestand hat, „für die Obdachlosen“ Geld zu sammeln. Von dem Erlös hat der ehrenwerte Aktionsausschuss für seine persönlichen Zwecke Zigaretten gekauft und die armen Obdachlosen hatten das Nachsehen. Die Mitglieder des Aktionsausschusses machten sich gegenseitig den Vorwurf, mitgeraucht zu haben, was dazu führte, daß der größte Teil derselben seine segensreiche Tätigkeit für die Arbeitslosen einstellte.

Die Kollegenschaft der Firma Hildebrandt möge auch hieraus ersehen, für welche Zwecke sie eingestellt wurde.

Die Töpfer standen seit vier Wochen mit den Unternehmern wegen Erhöhung des Stundenlohnes bzw. der Teuerungszulage bei Akkordarbeiten zum 1. Dezember in Verhandlung. Bei den bisherigen Verhandlungen wollte die Kommission der Unternehmer (Berlins und Vororte) nicht über 12 Mt. Stundenlohn hinausgehen. Die Verbandsvertreter lehnten dieses als zu gering ab. So drohten die Verhandlungen zu scheitern. In der Vollerammlung der Unternehmer am 30. November ist es in letzter Stunde, nachdem die Verbandsvertreter mehrere Male zum Wort kamen, zu einer vorläufigen Einigung gekommen. Für

die Innungs- bzw. Unterverbandsbezirke Berlin, Steglitz, Spandau und Köpenick ist vom 1. Dezember ein Mindeststundenlohn von 13 Mt. zu zahlen; die Teuerungszulage bei Akkordarbeiten beträgt 90 Proz. In den Bezirken Potsdam, Königswusterhausen, Oranienburg, Bernau und Mißlandsberg wird der Mindeststundenlohn auf 11,95 Mt., die Teuerungszulage auf 90 Proz. erhöht. Die Abmachungen gelten bis auf weiteres. Die Töpferorganisation beabsichtigt sofort neue Forderungen einzureichen.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Deiter, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glade, Berlin. Verlag: Hermann-Brosch-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8.

Es ist verständlich



— daß derzeitweise Andrang in unserem Hause immer noch sehr groß ist, da — — die Preise der Zeitentsprechend außerordentlich billig sind, und — — die Auswahl überraschend groß.

Schlüpfer und Mäntel

in den verschiedenst gemusterten u. einfarbig. Stoffen, darunter entzückende Modelle:
198.- 235.- 295.- 375.- bis 2600.- M.

Schwarze Mäntel

in Tuch, Astrachan, Velour du Nord, Wollplüsch, Ural, Seesplüsch
495.- 675.- 850.- bis 4500.- M.

Kleider

in Wolle, Seide, Tüll usw.
135.- 195.- 265.- bis 2200.- M.

Blusen und Jumper

in Wolle, Seide, Trikot usw.
45.- 49.- 65.- 79.- 85.- bis 590.- M.

Kostümröcke, Unterröcke, Matinées, Morgenröcke ebenfalls noch sehr preiswert!

Spezial-Abteilung für Kinder-Konfektion

Reinmoll. Kammg. Cheviot Kleid in mehr Farben, in andersfarbig. Stickerei

365

Siegmund Eisenstaedt

Diese Angebote gelten für unser Haus:
Frankfurter-Allee 72 Nähe Ringbahnhof.

Unser altes Lager

unsere alten Abschlüsse in erstklassigen Schuhwaren verkaufen wir noch zu sehr

billigen Preisen

Damen-Stiefel, Lackkappe 149.-
moderne kurze Form, nur

Damen-Halbschuh, Lackkappe 139.-
moderne kurze Form

Herren-Schnürstiefel 195.-
moderne Form, Lackkappe

Viele andere Artikel
Kamelhaarschuhe, Pantoffel,
Kinderstiefel
zu billigen Preisen



KOWA-SCHUH

Prinzenstr. 79, am Moritzplatz

Arbeitskleidung

Hosen

von 45.- bis 225.- M

Hemden, Unterhosen, Socken

Berufskleidung

Gute Ware! Billigste Preise!

Gerh Köhnen

Neukölln, Hermannstraße 76/77.

Den ältest. Damen- oder Herrenhut

pressen wir auf d. neuest. u. schicksten Formen zu den billigst. Tagespreisen bei
Elsa Krüger
vis-a-vis St. Hermannstr.

Korbmöbel

kauf Sie am vorzuziehbarsten die d. Hersteller!

A. Sedau

Werkstätten für feine Korbmöbel.
Fernspr. Neukölln 139
Ausstell. u. Verkauf nur Neuk.-Anzengraberstr. 21

Korbmöbel

für Gärten, Balkone, Wohnzimmer! modern u. dauerhafter Ausführung Korbessell v. H. 48 an. Große Auswahl Besichtigung erbeten

Heinrich Kaese

Korb- u. Rohrmöbel, Neukölln, Berliner Str. 99, Quergeb. pt. (Kein Lad.)

Ueberbiete jede Konkurrenz für

Platin, Gold- u. Silberbruch
Zahngelisse, alte Münzen und sämtliche Schmuckgegenstände
Roseneck, Neukölln
Ziethenstr. 4, I, an der Bergstraße.
Größtes Absatzgebiet f. Händler.

Möbel

kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei

Neugebauer

Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 125
Ecke Schillerstraße
Rein. Baden. 1907

Tuchfabrik-Niederlage

H. Lauprecht, Bin-Tropfen, Douchette, 12 Liter direkt an Dreiecks Stoffe für Herren und Damen zu fabri. preis. Winter- u. Paletto Stoffe
Geschäftszeit von 9-7 Uhr

Neukölln-Möbel-Vertrieb

Ludwig Rogasner
Kaiser-Friedrich-Str. 60,
Ecke Anzengraberstraße,
Fernsprecher: Neukölln 9030
Spezialität:
Schlafzimmer
Küchen

Gardinen!!

Sonderangebote u. Gelegenheitskäufe in Resten Stores, Bettdecken, Madras- und Künstlergardinen
Spez.-Gardinenwerkstatt
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

Pelz-

Waren in solid. Verarbeit. billiger!
Goldstein, Drack Str. 1, 1. Hochbahn, Koitb. Tor

Billig und gut

kaufen Sie Ihre Herrengarderobe in der Bekleidungs-Zentrale des Nordens
Rosenthaler Str. 66 (Nähe Rosentb. Pl.)
Käuf. erhalt. auf dies. in erat 5% Rabatt

Zahn-Atelier

f. modernen Zahnersatz
H. Knappvorm, Fenker
Sprechstunden 9-11 9-6, Sonntags 11-12
Kottbusser Damm 70/71. Telephone: Mpl. 7827

Richard Lindner

BÜROBEDARE
Buchbindererei
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 36-37.
Stempel - Pelzstoffe - Gravierungen
Brief-Ordner - Durchschreibebücher. 83, 726

Korb- u. Rohrmöbel
stets hervorragend. Neuheiten Große Auswahl, billige Preise
Edmund Voß, Bin-Neukölln
Berliner Str. 14, Nähe Hermannsplatz — Tel.: Neukölln 2264
Reparatur, sämtl. Korbwaren

Zeitungs-papier!

gebündelt.
Ganz- u. Weltauswahl! Billige Preise
Edmund Voß, Bin-Neukölln
Berliner Str. 14, Nähe Hermannsplatz — Tel.: Neukölln 2264
Reparatur, sämtl. Korbwaren

Bettwäsche

zu Selbstpreis! Damenhemden, Handtücher, Tisch-, Schürzen! Hauswäschen! Bergste 8.-, 10.-, 12.-
Eckebrecht, Heide 93

Wo laß ich meinen Kuzug machen?

Wer garant. f. gut. Sit. u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidernstr.
Neukölln, Ringbahnstr. 88 — Tel. 909
Lieferung für höchste Staatsbedürfnisse
Helle Anzeigenungen u. Danischreiben

Zahnpraxis Mühlau

Berlin SW 48
Wilhelmstraße 20
Gangweg
Berl. Hedemannstraße 6
Sprechstunden 9-7
Sonntags 9-11 Uhr

Bühne ohne Gaudenplatte
"Die Brücke"
als eigene Bühne immer fest im Stände bestehend und nicht mehr herauszunehmen. Stehender Saal, über übertragbar. Da wir nach allerer Stelle aus Holz, über übertragbar. können wir Ihnen diesen besten Bühnenbau nach kurze Zeit zu folgenden erhaltungslos billigen Preisen anbieten:
Goldbrücken Stahlringgeb. 350.-
Zahnbrücken Stahlringgeb. pro Bahn. 350.-
Zahnbrücken Stahlringgeb. pro Bahn mit extra eingebauten u. behaltungslos sind in den Preisen einbezogen und werden nicht extra berechnet.

Goldnefaut

Für Gold- und Platin-Gegenstände können wir die höchsten Preise zahlen, da wir sie in unseren eigenen Laboratorien verarbeiten!